

GUTENACHRICHTEN

aus Stuttgart und Berlin

UTE VOGT



16. Mai 2011

Arbeitsbericht vorgelegt zur Jahreshauptversammlung des SPD-Kreisverbands Stuttgart

Liebe Genossinnen und Genossen, anbei erhaltet Ihr einen kleinen Rückblick mit Auszügen meiner Tätigkeit im Wahlkreis und im Bundestag. Es ist ein Überblick und ich habe nicht alles aufgelistet, sondern ich wollte Euch eine Sammlung der interessantesten Sachen zusammenstellen. Auf meiner Homepage www.ute-vogt.de findet Ihr auch immer Neues - schaut einfach ab und zu mal rein.

Herzliche Grüße
Eure

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ute'.

Inhalt

Berlin:
Gorleben
Presse
Umweltausschuss
Reden Bundestag
Bundesthemen

Stuttgart:
Wahlkreisthemen
Veranstaltungen
Landtagswahl
Besuche
Berlinfohrt
Betreuungswahlkreis
Ortsvereine und
Kreisverband

Gorleben gestern und heute

Bericht aus dem Untersuchungsausschuss

Die einzige Konstante im Schwarz-Gelben Regierungshandeln ist die Beliebigkeit. Guttenberg, Mappus und Brüderle sind hier nur einige Protagonisten. Am Beispiel Atompolitik wird die inhaltliche Willkür besonders deutlich und von Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich vorgeführt: Gestern noch Laufzeitverlängerung für die „sichersten Atomkraftwerke“ der Welt – heute nach Fukushima werden sieben alte Atommeiler plötzlich abgeschaltet. Und sie haben sich nicht geschämt im Plenum zu höhnen, dass unser Ausstiegsbeschluss nicht so weit greifen würde wie ihr sofortiges Abschalten! Gestern noch zurück in den Atomstaat - heute nach vorne in den Windräder-Park. Vorsicht! Wahrheit ist bei Frau Merkel eine Frage des Zeitpunktes und der Taktik. Vor diesem aktuellen Hintergrund soll der 1. Untersuchungsausschuss „Gorleben“ Sachverhalte aufklären, die teilweise über 30 Jahre zurückliegen. Im Mittelpunkt steht die Frage nach der „politischen Einflussnahme“ der Kohl-Regierung im Jahre 1983. Gab es eine politische Einflussnahme auf Geologen, Physiker und andere Experten? Haben wissenschaftliche oder politische Kriterien den Ausschlag für die Entscheidung pro Gorleben gegeben? Welche Verflechtungen gab es zwischen Atomwirtschaft und Regierung? Die schon jetzt im Untersuchungsausschuss belegten Antworten auf diese Fragen werfen dunkle Schatten auf die schwarz-gelbe Atompolitik – auf die gestrige und auf die von heute.

Enteignungen statt Dialog

Denn gestern wie heute setzte und setzt schwarz-gelb in Gorleben auf ein Erkundungsverfahren, das ohne den öffentlichen Dialog mit Bürgern auskommt. Bundeskanzler Helmut Kohl und die damalige Umweltministerin Angela Merkel haben sämtliche Entscheidungen gegen den Willen und ohne Beteiligung der Menschen im Wendland getroffen. Auch die aktuellen „Gesprächsversuche“ des heutigen Umweltministers Norbert Röttgen fanden in Gorleben erst statt, nachdem die Entscheidung zu Enteignungen in Berlin bereits gefallen war. Das ist kein Dialog, das ist ein Hohn. Große Medien-Show, die nur provoziert. In unserer Regierungszeit wurde dagegen ein Suchverfahren entwickelt, das heute in der Schweiz praktiziert wird. Mit der Vorerkundung von je drei möglichen Standorten für hochradioaktiven und mittelradioaktiven Müll und einem Volksentscheid vor der endgültigen Festlegung. Umweltminister Gabriel wollte 2006 ein neues Suchverfahren starten: CDU und CSU haben das verhindert!

Weltweit

gibt es übrigens noch kein einziges Endlager. Auch in Deutschland lagern die abgebrannten Brennstäbe jeweils in den Atomkraftwerken und warten dort auf ihren Abtransport in die Wiederaufarbeitungsanlagen

Im Bundestag bin ich Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion im Untersuchungsausschuss Gorleben.

Neue schwarz-gelbe Mogelpackung

Auch die aktuelle vermeintliche „Bewegung“ in der Endlagerfrage, löst im Wendland lediglich Misstrauen aus – zu Recht. Wer – wie einige Regierungsvertreter – sagt, dass Gorleben zunächst zu Ende erkundet werden soll um danach „eventuell“ andere Standorte zu erforschen, will in Wahrheit keine ergebnisoffene Suche nach dem bestmöglichen Endlager. Denn eines lehrt uns die Arbeit im Untersuchungsausschuss: Wissenschaftliche Ergebnisse standen in Gorleben immer vorher fest. Das Motto lautete hier: Was nicht passt, wird passend gemacht! Bezeichnend ist das Zitat eines leitenden Beamten, der im Vorfeld der Kohl'schen Kabinettsentscheidung sagt, dass man nicht das bestmögliche Lager suchen könne, sondern zügig ein hinreichend sicheres braucht. Das Motto gilt für schwarz-gelb noch heute.

Keine Chance für die Wissenschaft – Gas im Salzstock

Die Ignoranz gegenüber kritischen Wissenschaftlern war und ist Alltag in Gorleben. Die Zeugenvernehmungen von renommierten Forschern wie Duphorn, Grimm, Nickel und Appel, die alle den Salzstock Gorleben als nicht geeignet einstufen, haben das belegt. Sie wurden zunächst zensiert und dann ausgebootet. Diese methodische Unterdrückung der Wissenschaft ist evident - und zwar bis heute: Auch im Bundestag musste die Merkel-Regierung bereits erhebliche Zweifel an der Eignung des Gorlebener Salzstocks einräumen. Ein Vertreter vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) – einer Bundesbehörde - gab im Unterausschuss zu: In den Salzstock Gorleben läuft Wasser (wie in die Asse) und es gibt dort Gas. Gasvorkommen gilt unter Geologen allgemein als K.O.-Kriterium für die Eignung eines Salzstocks. Jedoch nicht für Röttgen und Merkel, sie halten an Gorleben fest. Das sind die schwarz-gelben Sicherheitsstandards.

Von Kohl-Merkel zu Merkel-Röttgen.

Auch hier herrscht Kontinuität: Die heutige schwarz-gelbe Regierung versucht die Manipulationen und Fehler der früheren schwarz-gelben

Regierung reinzuwaschen. Im Untersuchungsausschuss stellt das eine Missachtung des Auftrages dar. Doch fest steht schon jetzt: Im Jahre 1983 musste Gorleben einfach her, weil im strukturschwachen Gebiet weniger Widerstand erwartet wurde und die Atomindustrie ohne Endlagernachweis nicht produzieren dürfte. Politischer Druck verdrängte wissenschaftliche Expertisen. Die Atomindustrie brauchte und wollte einen Endlager-Standort. Also wurde Gorleben erkundet. „Augen zu und durch“ nannte ein Zeuge im Untersuchungsausschuss dieses Motto. Je mehr Beweise der Untersuchungsausschuss für die politische Einflussnahme liefert, umso deutlicher wird die schwarz-gelbe Kontinuität in der Gorleben-Frage: Merkel und Röttgen machen dort weiter wo Kohl und Merkel aufgehört haben. ●●●

Umwelt- und Atompolitik Solarwirtschaft: Koalition plant weiteren Angriff auf Mittelstand und Handwerk

Ute Vogt: „Die Union will das Erneuerbare-Energien-Gesetz aushöhlen und gefährdet damit auch zukunftssträchtige Arbeitsplätze in Stuttgart.“

10.12.2010

Die Förderung der regenerativen Energien bleibt weiter umstritten. Erneut ist nun das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) unter Beschuss geraten. Der energiepolitische Koordinator der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Barreiß, hatte kürzlich einen Brief versandt, in dem er weitere Einschnitte bei der Vergütung für Photovoltaik vorschlägt und einen so genannten „festen Deckel“, der den Zubau von Solaranlagen auf ein niedriges Niveau von 3.000 MW pro Jahr begrenzen würde. Die Stuttgarter SPD-Abgeordnete Ute Vogt bezeichnete das als „energiepolitischen Unsinn, weil es uns noch länger als nötig von den ebenso teuren wie gefährlichen atomaren und fossilen Energiequellen abhängig macht. Darüber hinaus ist es ein direkter Angriff

Presse

Pro Woche gebe ich im Schnitt eine Pressemitteilung hinaus. Die Stuttgarter Medien bringen - und das gilt für alle Abgeordneten aller Parteien - im Lokalteil fast nichts mit Bundesbezug. In anderen Regionen Baden-Württembergs wird regelmäßig auch über die Aktivitäten der örtlichen MandatsträgerInnen berichtet und deren Tätigkeit berücksichtigt. Hier finden leider noch nicht einmal interessante Veranstaltungen oder Debatten eine mediale Resonanz. Auf meiner Homepage findet Ihr aber alle Pressemitteilungen, Reden und Vor-Ort-Besuche. Schaut es Euch einfach einmal an!

●●●

auf Handwerk und Mittelstand.“ Dort nämlich, so die Parlamentarierin, habe man in den letzten Jahren erhebliches Geld in Investitionen und Qualifikation gesteckt, um erfolgreich am Solarmarkt tätig sein zu können. Das gelte insbesondere für das Elektrohandwerk, von dem jede zweite Solaranlage installiert werde. Im gesamten Handwerk seien 20.000 Beschäftigte dem Solarmarkt zuzuordnen und je nach Anlagengrößen seien 25 bis 30 Prozent der Gesamtkosten einer Photovoltaik-Anlage handwerkliche Leistungen.

„Das Erneuerbare-Energien-Gesetz“, so Ute Vogt, „ist deshalb auch ein Mittelsstandsförderungsgesetz. Wer es, so wie die Union, aushöhlen will, der gefährdet zukunftssträchtige Arbeitsplätze und innovative Unternehmen, von denen es gerade in der Region Stuttgart zahlreiche gibt.“

Insbesondere die Diskussion um einen so genannten „festen Deckel“ sei fatal. In Spanien habe man eine restriktive Deckelung, mit einigen Abweichungen im Detail, im Jahr 2009 eingeführt und das habe massive Markteinbrüche verursacht. Ute Vogt: „Ich wundere mich sehr darüber, dass ausgerechnet aus der CDU, die sich sonst immer brüstet, die Partei der Marktwirtschaft zu sein, ein solcher Vorschlag kommt, der offensichtlich planwirtschaftlichem Denken entspringt.“ Sie, so die Abgeordnete, werde deshalb keine Deckelung der jährlichen Photovoltaik-Installationen mittragen, dasselbe gelte für unge-

Endlich eine gute Nachricht aus Berlin:

Rechtzeitig zu Ferienbeginn dürfen Kinder aus Hartz IV-Familien ihr Geld aus Ferienjobs behalten!

15.07.2010

Ferienzeit ist Ferienjob-Zeit. Dies gilt für viele Jugendliche – das Erfüllen von größeren Wünschen ist Antrieb für harte Plackerei in den Sommerferien. Bis jetzt war es so, dass die einen das wohl-verdiente Geld behalten durften, bei Kindern von Hartz IV-Empfängern aber wurde der Verdienst wiederum den Eltern vom Regelsatz abgezogen.

rechtfertigte Einschnitte in die Vergütung für Photovoltaik. ●●● Die ersten, die diese Regelung nicht kannten, hat es kalt erwischt. Das Geld floss in die Haushaltskassen der Familien. Als das bekannt wurde, verzichteten natürlich viele auf den Ferienjob. Jetzt - rechtzeitig vor Ferienbeginn - ist diese Verordnung geändert worden. „Jetzt haben alle Jugendlichen wieder die gleichen Möglichkeiten“, freut sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt. „Es ist so wichtig, praktische Erfahrung zu sammeln, ein Erfolgserlebnis als Ferienjobber zu haben und dann auch noch Geld für den einen oder anderen lange gehegten Wunsch zu haben.“

Ein Antrag der SPD-Fraktion im Bundestag wurde noch im Frühjahr von der schwarz-gelben Bundesregierung abgelehnt. Nun wurde aber doch per Verordnung die Rechtslage verbessert. „Jetzt kann jeder Jugendliche (bis zum 25. Lebensjahr) bis zu 1.200 Euro im Jahr hinzuverdienen“, so Vogt. Es sei höchste Zeit gewesen, dass die Bundesregierung diese ungerechte Behandlung abgeschafft habe. Auch die CDU hat hier dazugelernt, nachdem sie sie sich in der großen Koalition einer solchen Regelung immer verschlossen hatte.

●●●

Reden im Bundestag

Alle Reden in voller Länge findet Ihr auf meiner Homepage

23.03.11 | Rede in der Aktuellen Stunde zum Thema "Konkrete Anforderungen insbesondere des Bundesumweltministeriums für die Sicherheitsüberprüfung deutscher Atomkraftwerke"

10.02.11 | Rede zum Antrag der SPD- Fraktion "Gorleben – Echter Dialog statt Enteignung"

17.12.10 | Rede in der Aktuellen Stunde zu den Castor-Transporten nach Mecklenburg-Vorpommern

02.12.2010 | Rede im Bundestag zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grünen „Blockade beim Bodenschutz aufgeben – EU Bodenschutzrahmenrichtlinie voranbringen“

11.11.10 | Rede zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Kinderlärm.

07.10.2010 | Zweite Beratung zum Neunten Gesetz zur Änderung des Bundes- Immissionsschutzgesetzes

06.10.10 | Rede in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages zum Thema Stuttgart 21.

10.06.10 | Rede zum Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Beteiligung der Energiekonzerne an den Kosten für das Atommüll-lager Asse

20.05.10 | Rede zum Antrag der Fraktion DIE LINKE: Für eine immissions- und baurechtliche Privilegierung von Sportanlagen

26.03.10 | Rede zum Antrag der SPD: Keine weiteren Erkundungen des Salzstocks Gorleben vor Abschluss des Untersuchungsausschusses

04.03.10. | Rede zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion DIE LINKE sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

25.02.10 | Rede zur Neununddreißigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchst-mengen – 39. BImSchV)

18.12.09 | Rede in der Ersten Beratung des Entwurfs von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eines Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

18.12.09 | Rede in der Ersten Beratung des Entwurfs von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eines Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

.....

28.01.10 | Persönliche Erklärung gem. § 31 GO-BT zur Abstimmung über das Afghanistan-Mandat

03.12.10 | Persönliche Erklärung zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE Stuttgart 21 – Bau- und Vergabestopp

28.10.10 | Persönliche Erklärung zur Abstimmung zur 2./3. Lesung CDU/CSU und FDP eines Elften und Zwölften Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit erhält einen neuen Namen:

„Bundesministerium für Atomlobbyschutz und Sonstiges“

Ute Vogt anlässlich der Haushaltsdebatte zum Einzelplan 16:

14.09.2010

Die Umstrukturierung zur Atomlobbystation findet sich nun auch in den Zahlen des Haushaltsentwurfs der Bundesregierung im Einzelplan 16 wieder. So soll beim Bundesumweltministerium der Bereich für Atom-Ausgaben um über 35 Prozent erhöht werden, so dass hier fast ein Drittel der Gesamtausgaben des Ministeriums getätigt werden. Konkret heißt das, fast 500 Millionen Euro von gut 1,6 Milliarden Euro verschwinden im „Atomloch“ – die Endlager lassen grüßen. Die geplante Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke wird hier eine weitere dramatische Kostensteigerung bewirken!

Dagegen sollen im Programmhaushalt Ausgaben für Natur-, Umwelt- und Klimaschutz um rund zehn Prozent gekürzt werden - von gut 978 Millionen Euro auf rund 884 Millionen Euro. Und wie sieht es mit dem Klimaschutz aus? Noch 2009 hatten Bundeskanzlerin Merkel und Bundesumweltminister Röttgen in Kopenhagen vollmundig 420 Millionen pro Jahr für den internationalen Klimaschutz angekündigt. Im Haushalt 2010 tauchten davon nur 35 Millionen auf. Und 2011? Nichts mehr! Von einer Vorreiterrolle Deutschlands im Klimaschutz ist nur die Ankündigung geblieben.

Auch national wird beim Klimaschutz gekürzt und im Bereich zur Förderung der Erneuerbaren Energien zukünftig auf Sparflamme gekocht. Statt 450 Millionen wie im Jahr 2009 stehen 2011 nun nur noch 380 Millionen zur Verfügung. Und im laufenden Jahr konnte Finanzminister Schäuble gerade noch daran gehindert werden, hier mit Streichungen und Kürzungen einen Kahlschlag zu begehen. Und dies in einer Branche, die viele neue Arbeitsplätze schafft und in der jeder Förder-Euro eine achtfache Investition nach sich zieht – zum Wohle von Mensch und Umwelt und nicht einzelner Lobbygruppen!

„Die Prioritäten der Bundesregierung in der Umweltpolitik sind damit klar umrissen, dann sollte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit doch ehrlicherweise auch in Bundesministerium für Atomlobbyschutz und Sonstiges umbenannt werden“, bemerkt dazu Ute Vogt, Mitglied im Umweltausschuss des Bundestages. ●●

Kinder- und Jugendlärm: Röttgen scheut die Auseinandersetzung

Ute Vogt: „Neuregelung hilft Stuttgarter Jugendlichen nicht!“

16.02.2011

Das Bundeskabinett hat heute einen Gesetzesentwurf von Bundesumweltminister Röttgen beschlossen, der vorsieht, das Bundes-Immissionsschutzgesetz so zu ändern, dass der Lärm spielender Kinder nicht mehr als „schädliche Umwelteinwirkung“ eingestuft werden kann. Ziel ist es, den Kindergärten und -spielplätzen mehr Rechtssicherheit zu verschaffen. Keine Rechtssicherheit verschafft er allerdings den Einrichtungen für Jugendliche ab 14 Jahren.

Somit greift der Gesetzentwurf genau dort zu kurz, wo eine Regelung – wie auch bei uns in Stuttgart – dringend gebraucht wird.

In den letzten Jahren haben Lärmschutzklagen gegen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche zugenommen und waren vielfach erfolgreich. Das ist ein Zeichen dafür, dass Kinder und Jugendliche in einer immer älter werdenden Gesellschaft zunehmend ihre Lobby verlieren. Die Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt hält diese Entwicklung für fatal: „Solche Klagen gegen Kindergärten, Spiel- und Bolzplätze senden das Signal einer kinderfeindlichen Gesellschaft, wir brauchen aber genau das Gegenteil: mehr Kinderfreundlichkeit.“

Aus diesem Grund hält Ute Vogt den Gesetzesentwurf für einen Schritt in die richtige Richtung, bemängelt jedoch, dass dieser nur Einrichtungen für Kinder (bis 14 Jahre) besser schützt, während die für Jugendliche weiter außen vor bleiben. Es werde im Text sogar ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Spiel- und Bolzplätze für Jugendliche nicht erfasst seien.

Ute Vogt: „Damit drückt sich Norbert Röttgen vor dem schwierigen Teil der Auseinandersetzung. Der bessere Schutz von Kindereinrichtungen ist politisch unumstritten und deshalb ein vergleichsweise leichtes Projekt. Bei Jugendeinrichtungen ist das anders und der Umweltminister will sich diese schwierige Auseinandersetzung offenbar ersparen.“ Damit, so die Abgeordnete, werde er aber nicht erfolgreich sein. Die SPD werde das Thema bei einer öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses des Bundestages im Februar aufgreifen. Dort soll der Fakt beleuchtet werden, dass Jugendliche zunehmend über den Hebel des Lärmschutzrechtes verdrängt werden. Es wird außerdem zu klären sein, wie man dieser Tendenz durch Maßnahmen des Gesetzgebers entgegenwirken kann.

Ute Vogt: „Der Lern- und Bewegungsdrang von jungen Menschen hört nicht mit 14 Jahren auf – im Gegenteil. Deshalb benötigen auch Jugendliche genügend Plätze an denen sie sich aufhalten und austoben können. In einer kinderfreundlichen Gesellschaft müssen solche Plätze mitten in den Städten und Kommunen sein und nicht irgendwo abgelegen am Rande.“

•••

Weitere Themen waren

- Leiharbeit - Antrag der KK von 2010 - der Antrag der Bundestagsfraktion liegt separat aus.
- Städtebauförderung: Ramsauer wollte für 2011 die Bundesmittel von 610 Mio. EUR auf 305 heruntersetzen. Nach Protesten von Städten, Bundesländern und der Bau- und Wohnungswirtschaft gingen sie auf 455 Mio. EUR runter. Gerade Stuttgart ist auf diese Gelder angewiesen und mit dem „Programm Soziale Stadt“ mit seinem sozial-integrativen Ansatz konnte hier ja einiges angesprochen werden.
- Hebammen - immer höher werdende Belastungen, vor allem durch horrenden Versicherungsbeiträge machen es den Hebammen immer schwerer und viele haben schon ganz das Handtuch geworfen. Auch hier arbeitet die Bundesfamilienministerin gegen den Bedarf und die Wünsche vieler werdender Eltern.

Landtagswahl

Im Landtagswahlkampf habe ich alle KandidatInnen, die mich eingeladen haben, gerne unterstützt. Neben den Stuttgarter Einsätzen war ich in etwa 20 Abendveranstaltungen von Waldshut bis Walldorf, von Gaildorf bis in die Ortenau. Die meisten hatten Gorleben und die Endlagerfrage, Atompolitik, Atomausstieg und Erneuerbare Energien zum Thema.

Betreuungswahlkreis

Auch in meinem Betreuungswahlkreis Schwäbisch Hall bin ich oft in sitzungsfreien Wochen unterwegs. Sowohl morgens an Schulen im Politikunterricht, mittags bei Firmenbesuchen und abends komme ich auch hier gerne als Referentin zu Abendterminen, so auch morgen wieder in den „Eschentaler Kreis“, das Diskussionsforum der dortigen Genossinnen und Genossen. Bei einer der Berlinfahrten in 2010 war auch eine Gruppe ehrenamtlich Tätiger aus Crailsheim mit dabei, dieses Jahr fahren wieder einige mit.

Wahlkreis Stuttgart

Ute Vogt: Wertstofftonne gehört in kommunale Hand

Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht nicht zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger

01.04.2011

Es ist soweit: eine neue Mülltonne kommt und viele fragen sich, wozu diese gut sein soll. Es handelt sich um die so genannte "Wertstofftonne", in die alles kommt, was gut zu recyceln ist, auch alte Töpfe oder ausgediente Elektro-Kleingeräte wie z.B. der Haarföhn, das Kofferradio und Handy. Die Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt bewertet den aktuellen Kabinettsbeschluss der Bundesregierung zum Kreislaufwirtschaftsgesetz aber als ungenügend: "Abfallwirtschaft in einer Stadt bedeutet für uns als SPD die Möglichkeit, dass Erlöse, die durch das Wertstoffrecycling aus Abfall erzielt werden, den Bürgerinnen und Bürgern wieder zugute kommen müssen und nicht der Gewinnmaximierung privater Unternehmen dienen." Mit einer städtischen Lösung für Stuttgart könnten sowohl stabile Müllgebühren für die Einwohner als auch gerecht bezahlte Arbeitsplätze erreicht werden, so Vogt. Eine auf Dauer angelegte, unabhängig vom Marktgeschehen organisierte Wertstoffsammlung in kommunaler Hand sichere auch langfristig ökologische Ziele bei der Müllverwertung.

Angesichts immer knapper werdender Rohstoffreserven lohnt sich die Gewinnung von Wertstoffen aus Abfall immer mehr. Die CDU-/FDP-Bundesregierung hat sich leider dafür stark gemacht, private Entsorgungsfirmen beim lukrativen Zugriff auf die Wertstoffe gegenüber den Kommunen zu bevorzugen. Im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden wendet sich die SPD-Bundestagsfraktion scharf dagegen, dass das vorrangige Zugriffsrecht der Kommunen auf Abfälle aus Haushalten nun zugunsten der gewerblichen Sammlung privater Entsorgungsbetrie-

Besuche vor Ort

In den sitzungsfreien Wahlkreiswochen bin ich viel in der Stadt unterwegs - zum Gespräch mit Schülern im Politikunterricht (ich hatte die Schulen im Wahlkreis angeschrieben und meinen Besuch angeboten), beim Mädchentreff inVia, bei der neuen Krebsberatungsstelle, bei der U-Bahn-Einweihung Fasanenhof, bei Hocketsen und Feuerwehrfesten, bei Solar- und Umweltfirmen, bei der AWS Abfallwirtschaft Stuttgart, in Mehrgenerationenhaus West, und vieles mehr...

be eingeschränkt werden soll. Es ist bemerkenswert, mit welcher Leichtigkeit sich der vorliegende Gesetzentwurf über die geltende Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahre 2009 hinwegsetzt. Eine europarechtliche Notwendigkeit gibt es dafür nämlich nicht.

...



Ich mag die Orangen

Bei dem Leiter der Abfallwirtschaft Stuttgart, Herrn Dr. Thoams Heß

Besuch beim inVia Mädchentreff

Foto unten

Ute Vogt: Bundesfamilienministerin trickst bei Mehrgenerationenzentren:

Auch die Finanzierung der erfolgreichen Arbeit des Mehrgenerationenhauses in Stuttgart-West würde letzten Endes wieder allein an der Stadt Stuttgart hängen bleiben.

16.12.2010

"Die schwarz-gelbe Bundesregierung trickst zu Lasten der Kommunen und lässt auch in Stuttgart erfolgreiche Projekte im Stich", so der Kommentar der Stuttgarter Abgeordneten Ute Vogt zu den jüngsten Plänen von Familienministerin Schröder in Sachen Mehrgenerationenhäuser. So hat auch das Mehrgenerationenhaus Stuttgart-West zu Zeiten der Großen Koalition Fördermittel des Bundes erhalten. Das im Jahr 2006 aufgelegte Bundesprogramm hatte insgesamt für 500 Mehrgenerationenhäuser eine jährliche Finanzspritze von jeweils 40.000 Euro vorgesehen. "Richtig angelegtes Geld", betont die Stuttgarter Bundestagsabgeordnete Ute Vogt, denn es erleichtert das Zusammenkommen von Jung und Alt, Familien und Alleinstehenden, Gesunden und Kranken sowie von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Nationen. "Gerade in Stuttgart werden Mehrgenerationenhäuser sehr gut angenom-

men und sind somit ein wichtiger Baustein im sozialen Miteinander in der Stadt." Nächstes Jahr nun laufen die Fördermittel bei den ersten Häusern aus, betroffen davon ist auch das Mehrgenerationenhaus im Westen. Die über dieses Geld angebotenen und dann entfallenden Angebote werden eine große Lücke reißen.

"Es kann nicht sein, dass immer wieder Anschubfinanzierungen gemacht werden und dann die Kosten voll auf die Kommunen abgewälzt werden," so Ute Vogt.

Darum fordert die SPD-Bundestagsfraktion, ein Anschlusskonzept für eine Übergangsförderung als Sofortmaßnahme bereitzustellen. Die SPD regt an, durch eine Schwerpunktlegung auf Gesundheitsförderung und Prävention neue Geldmittel zu beschaffen, auch unter Kooperation mit anderen Ministerien.

Im Unterschied dazu plant die Bundesfamilienministerin schlicht, die Mehrgenerationenhäuser zusätzlich durch Pflegestützpunkte, Bundesfreiwilligendienste und der Vorgabe einer "Drehscheibenfunktion für haushaltsnahe Dienstleistungen" aufzublähen. "Dies ist allerdings ein offensichtlicher Trick, um die Finanzierung nun gänzlich den



Kommunen aufzubürden," stellt die Stuttgarter Abgeordnete fest. Das sei keine Innovation und erst recht kein Zugehen auf die 500 Mehrgenerationenhäuser, sondern lediglich die Verlagerung bereits bestehender Aufgaben. Insbesondere im Fall der Pflegestützpunkte ist die Auswirkung fatal, bemängelt die Abgeordnete: "Hier soll ein etabliertes Angebot nun unter gänzlich anderen Voraussetzungen weitergeführt werden. Sinnvoll wäre es hingegen, die Pflegestützpunkte als zentralen Anlaufpunkt für alle Fragen rund um die Pflege zu erhalten und nicht mit der eigenständigen Arbeit der Mehrgenerationenhäuser zu vermengen. Dafür steht die SPD-Bundestagsfraktion - ohne Wenn und Aber."

•••

Foto: Besuch im EKIZ - Eltern-Kind-Zentrum in West

SPD setzt im Bund 3.000 Schulsozialarbeiter zusätzlich durch

Ute Vogt erwartet, dass auch Stuttgart davon profitiert

28.02.2011

Bei den Verhandlungen um die Hart-IV-Sätze ging es nicht nur um diese, sondern auch um Mindestlöhne und auch um Verbesserungen im Bereich der Bildung. Der SPD gelang es, 3.000 zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeiter zu gewinnen.

"Diese Unterstützungen sind auch für die Stuttgarter Schulen und Kinder wünschenswert", stellt Ute Vogt, SPD-Bundestagsabgeordnete, fest. Sie bedauert allerdings, dass es bei den Verhandlungen nicht gelungen ist, eine Lösung zu finden, bei der alle Schulen einen Anspruch auf einen Sozialarbeiter hätten. Das sei noch ein Manko. Nun gelte es einfach, so die Abgeordnete, auch Schulsozialarbeiterstellen für Stuttgart zu gewinnen. "Land und Kommune müssen jetzt die Chance nutzen, aktiv werden und mehrere Stellen in die Landeshauptstadt holen," fordert Vogt.

Denn Sozialarbeiter stellen ein Bindeglied zwischen Schule und sozia-

lem Umfeld der Kinder und Jugendlichen dar. Die Zeiten, wo dies nur für soziale Brennpunkte für nötig befunden wurde, sind lange vorbei. Die Schulsozialarbeiter bauen eine persönliche Bindung zu den Kindern und ggf. deren Familien auf und können so individuelle Unterstützung leisten. Durch sie wird außerdem sicher gestellt, dass die Kinder und Jugendlichen die Leistungen erhalten, die ihnen zustehen. Dazu gehören - auch ein Ergebnis der Verhandlungen - Dinge wie Geld für die Teilnahme an Klassenfahrten, das Schulbedarfspaket zur Grundausstattung, Lernförderung und der neue "Teilhabebeitrag" zur Unterstützung für Vereinsgebühren u.ä.

•••

Weitere Themen im Wahlkreis waren:

- Stuttgart 21 - in nicht unerheblichem Maße hat dieses Thema auch meinen Einsatz gefordert: Wie bei uns allen durch unzählige Gespräche im Büro, am Telefon, aber auch in der Bahn und auf der Strasse. Dazu zwei Reden im Bundestag, inzwischen etwa 200, zum Teil sehr ausführliche Bürgeranfragen, die auch bei kränkendem Inhalt nahezu alle beantwortet wurden..
- Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung - hier haben wir rund 25 Einrichtungen angeschrieben, weil die SPD-Bundestagsfraktion sich mit einer Kleinen Anfrage für die Teilhabe am Arbeitsmarkt eingesetzt hat.
- Programm Kindergärten: Viele Stuttgarter Kitas bekommen Fördermittel aus dem Topf „Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“. Alle Kindergärten, die davon profitieren werden, wurden von mir angeschrieben. Die ersten haben sich mit Dank und einer Einladung daraufhin gemeldet.
- Neckarschleusen - für die Verlängerung setzt sich die SPD auf allen Ebenen ein. Schifffahrt ist nicht nur für die Wirtschaft wichtig, sondern entlastet enorm die Umwelt.



Auf dem Afrika-Festival



Gesundheitsreform geht voll zu Lasten der Krankenversicherten.

Im Rahmen von bundesweiten "SPD-Praxistagen" war ich als eine von vielen Abgeordneten einen Tag mitarbeiten in einem Pflegeheim. Ich entschied mich für das Demenzzentrum Gradmannhaus in Kaltental.

Mein Bericht: Die politische Nachricht des Tages - Guttenbergs Rücktritt - erreichte mich mit gehöriger Verspätung. „Wir leben hier in einer anderen Realität“, hatte mir die Leiterin vom „Gradmannhaus“ bereits im Vorfeld gesagt. Genauer gesagt sind es 27 ganz unterschiedliche Realitäten, auf die sich die Beschäftigten in dieser Spezialeinrichtung für Demenzzranke täglich einstellen müssen. 27 Frauen und Männer, mit eigener Geschichte und unterschiedlichem Krankheitsverlauf, jede und jeder eben in seiner eigenen Welt.

Mir gefällt, dass auf die Bedürfnisse der Einzelnen so gut es geht eingegangen wird - die Langschläfer dürfen bis kurz vor elf im Bett bleiben, die Frühaufsteher kommen als erste dran. Manche hören zum Aufstehen ihre Lieblingsmusik per CD im Zimmer. Mein Dienst beginnt um 7.00 Uhr, da sind die zwei Altenpflegekräfte und zwei Pflegehilfskräfte schon eine halbe Stunde bei der Arbeit. Zwei Frauen und - anders als erwartet - auch zwei Männer. Vier Fachkräfte und heute noch ich, zum wecken, waschen, zur Toilette führen, manchmal duschen oder baden, anziehen, bei Einigen das Bett frisch beziehen, die Medikamente geben und zum Teil nicht unbeträchtliche Widerstände überwinden: bei denen, die eben kein Wasser mögen oder auch keine Kleidung an- oder ausziehen wollen. Mit dabei auch das Entfernen eines Darmschlauchs und natürlich das Wechseln der Windelhosen, die alle hier tragen und die bei fast keinem trocken geblieben sind.

Ich versuche mich nützlich zu machen, Betten abziehen oder anziehen helfen ist nicht so schwierig. Aber schon beim Aufrichten oder Umdrehen kommt es auf den richtigen Griff an - das geht mit Anleitung der Altenpflegerin, die ich heute begleiten darf. Als die schwereren Männer zu versorgen sind, kommt der Lifter zum Einsatz; die technischen Hilfsmittel sind nützlich, aber nicht

Veranstaltungen im Wahlkreis

04.03.2011

Praxistag der Bundes-SPD

... hier bin ich im Gradmannhaus in Kaltental

das Entscheidende. Viel wichtiger ist die persönliche Zuwendung. Die freundliche Begrüßung am Morgen und das liebevolle Streicheln, wenn jemand sanft geweckt wird. Und viel gutes Zureden bei denen, die sich vielleicht fürchten, wenn sie aufgesetzt, gewaschen und angezogen werden. Gerade weil diese Patienten nicht mehr selbst sagen können, was sie mögen oder was sie bedrückt, erfordert die Arbeit ein überdurchschnittliches Einfühlungsvermögen. Die wirklich wichtigen Tätigkeiten sind die, die der Leistungskatalog der Pflegekasse gerade nicht erfasst. Im Gespräch nach der Arbeit erfahre ich, dass dieses Haus alleine gar nicht tragfähig wäre. Entstanden aus der Stiftung des Ehepaars Gradmann braucht der Betrieb die Zuschüsse des Trägers, der EVA (Evangelische Gesellschaft). Das Haus ist zu klein. 27 Demenzzranke eigentlich zu wenig, um wirtschaftlich zu überleben. Dabei ist es gerade diese Größe, die den Menschen familiäre Geborgenheit gibt. Irgendwann erfahre ich dann auch, dass der Verteidigungsminister zurückgetreten ist. Aber es ist nicht wichtig, nicht in dieser ganz anderen Realität, die sich um 27 Menschen dreht, die ohne Zuwendung von Pflegekräften, Hilfskräften und ehrenamtlichen Besuchern nicht in Würde leben könnten.

Seit 1. Januar gilt: Steigende Abgaben bei den Krankenversicherungsbeiträgen zahlen künftig nur noch die Arbeitnehmer - der Arbeitgeberanteil bleibt eingefroren. Auch kann Vorkasse bei Behandlungen fällig werden - wohl dem, der sich auskennt oder es sich leisten kann. Diese und andere Folgen der neuen Gesundheitsreform waren Thema bei meiner Veranstaltung im Bischof-Moser-Haus mit Klaus Kirschner (SPD), langjährigem Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses im Bundestag, der Leiterin des Gradmannhauses, Frau Casinelli, Udo Lutz, der in der Betriebskrankenkasse bei Bosch im Verwaltungsrat ist, und mit Dejan Perc als Moderator. Die Veranstaltung wurde auch mit einer Anzeige im Wochenblatt angekündigt. ●●●

Ihr da oben wir hier unten

Verpflichtungen der Politik und Aufgaben der Bürger

Veranstaltung am 11.02.2011 zusammen mit meinem Fraktionskollegen Rainer Arnold in Leinfelden-Echterdingen zur Frage der Verpflichtungen der Politik und Aufgaben der Bürger in einer lebendigen Demokratie. Referenten waren Prof. Dr. Dieter Fuchs (Uni Stuttgart, Abt. für Politische Theorie und Empirische Demokratieforschung) und Pfarrer i.R. Hans Peter Becker.

Hier der Text der Einladung: Viele Menschen fühlen sich unverstanden von der Politik und haben leider zunehmend den Eindruck, dass Politik weit weg von ihrem Alltag geschieht. In der parlamentarischen Demokratie gibt es insbesondere bei politischen Verfahren vielfältige Mitwirkungsmöglichkeiten. Dies alles ist allerdings zu stark verrechtlicht und dadurch kompliziert und intransparent. Willy Brandts wegweisendes Versprechen von 1969: „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“ könnte auch noch heute Wegweiser und Leitschnur sein für zeitgemäße Formen von Bürgerbeteiligung.

Demokratie lebt durch das Engagement der BürgerInnen und muss auf allen Ebenen gelebt werden, damit aus Betroffenen Beteiligte werden. Eine lebendige Demokratie ist und muss somit das Ziel allen Handelns gerade auch der politischen Entscheidungsträger sein. Ihnen obliegt somit die Aufgabe, ihre Entscheidungen zu kommunizieren und zu erklären und die betroffenen Bürger frühzeitig in die Planungen mit einzubeziehen. Dies verlangt aber auch Verantwortung und Engagement der Bürgerinnen und Bürger sowie die Fähigkeit zum Kompromiss und das grundsätzliche Verständnis aller dafür, dass sich durch Politik und eine aktive Bürgergesellschaft die Welt eben doch verändern lässt. Diese Veranstaltung möchte sich zum einen mit der Frage beschäftigen, wie die Distanz zwischen den Bürgern und der Politik überwunden werden kann, zum anderen sollen die unterschiedlichen Elemente der direkten Demokratie Thema sein.

Die SPD-Bundestagsfraktion engagiert sich im Sinne einer lebendigen Bürgergesellschaft, die staatliches Handeln kontrolliert, korrigiert, die anspricht, entlastet und ergänzt. Sie ist deshalb der Auffassung, dass unsere lebendige parlamentarische Demokratie im Rahmen gesetzlich festzulegender Grenzen durch Volksbegehren und Volksentscheide ergänzt werden sollte. ●●●

Foto: Zu Besuch beim Stand der AIDS-Hilfe auf dem Weihnachtsmarkt

Equal Pay Day Gleicher Lohn....

für gleiche Arbeit!!

Zu einer Veranstaltung aus der Reihe „Fraktion vor Ort“ hatte Ute Kumpf und ich vor einem Jahr am 26.03.2010 zum Equal Pay Day eingeladen. Mit diesem Forum wollten wir darauf aufmerksam machen, dass nach über 100 Jahren Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ der Unterschied zwischen den Löhnen und Gehältern bei Männern und Frauen immer noch gravierend ist.

Zu Gast auf dem Podium waren Prof. Ute Mackenstedt, Gleichstellungsbeauftragte der Universität Hohenheim, Ruth Weckenmann, Agentur für Arbeit, Esther Peylo, Landesfrauenrat, und Elke-Maria Rosenbusch, European Women's Management Development. Es war eine informative, aber auch launige Veranstaltung.

●●●

Uranabbau der Beginn eines gefährlichen Irrwegs

--- aktuelle Veranstaltung ---!

Die Journalistin und Filmemacherin Désirée von Trotha berichtet über das Leben der Menschen im Uranabbaugebiet der Republik Niger.

Am Montag, dem 30.05. im Kulturzentrum Merlin, Stuttgart-West



Berlinfahrten

Über das Bundespresseamt kann jede/r Abgeordnete zwei bis drei Fahrten mit Bürger/innen aus dem Wahlkreis durchführen. Ich nehme regelmäßig Aktive aus dem Bereich des Ehrenamtes, der Vereine und der Kirchen mit und sehr wichtig ist mir, dass ich immer eine Fahrt für eine Jugendgruppe anbiete. Das waren einmal Jugendräte und das andere mal Schülerzeitungsredakteure, Schülermitverwaltung und ehrenamtlich tätige Jugendliche vom Stadtjugendring.



Foto: Jugendräte aus Stuttgart üben schon einmal für's Kanzleramt

Ortsvereine und Kreisverband

Viele Ortsvereine fragen mich regelmäßig für Ihre Sitzungen oder Veranstaltungen an und so bin ich reihum mit dabei. Oder sie teilen mir Termine in ihrem Stadtteil mit, wo eine Teilnahme von mir sinnvoll ist. Danke herzlich an dieser Stelle - ich bin auf Eure Mithilfe angewiesen, da ich anderthalb Jahre nach der Wahl immer noch nicht in allen Verteilern der Stadt, aller Verbände, Institutionen etc. bin. Das Kontaktnetz wird aber peu à peu immer dichter.



SPD-Parteivorstand

Montags von 10.00 - 12.00 tagt außerdem das SPD-Präsidium, dem ich angehöre, sowie etwa alle 6-8 Wochen im Anschluss der SPD-Parteivorstand, in dem ich ebenfalls Mitglied bin.

Ehrenamt

Die meisten von uns sind im Ehrenamt aktiv - meine wichtigste ehrenamtliche Funktion ist die der Vizepräsidentin der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft, DLRG. Dort kümmere ich mich insbesondere um das Thema Integration, Frauen im Sport und natürlich die DLRG Landesverbände im Süden.

Unser Team:

Diese Arbeit wäre nicht zu leisten ohne die tolle Unterstützung meines Büro-Teams: Daher ein ganz großes Dankeschön an die „Stuttgarter“ Claudia Eichert und Dr. Matthias Schrupf. Und in Berlin an Sybille Thomas und Robert Oszkinat, der gerade Anne Martus vertritt, die noch bis Ende des Jahres Erziehungszeit genommen hat.

Ich freue mich auf die weitere Arbeit in und mit der SPD Stuttgart und meinem Ortsverein Botnang!

Glück auf!



Auf der FES-Veranstaltung zur Geschichte der Frauenrechte mit Ruth Weckenmann und Ute Kumpf

Lehrt einen die Bescheidenheit und Dankbarkeit: Ge-